

Sitzungsniederschrift

12. Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur

Sitzungsort: Berufsbildende Schulen Aurich, Gebäude E, Raum E3/E4		
Sitzungsdatum: 20.02.2019	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:05 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Strömer, Wilhelm	FW	
Mitglieder		
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Behrens, Sven	CDU	
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Busker, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Hans Terfehr
Fohrden, Siebelt	CDU	
Harms, Erich	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Hinrich Albrecht
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Odens, Roelf	CDU	
Wienbeucker, Johann	S.W.K.	
Wirsik, Petra	GRÜNE	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Stimmberechtigte Mitglieder		
Greiner, Bettina		Vertretung für Herrn Kurt Graf
Heidrich, Sabrina		Lehrervertreter allgemeinbildender Bereiche
Kampers, Franz		Vertreter der Organisation der Arbeitnehmerverbände

Ockenga, Maud	Lehrervertreter berufsbildender Bereich
---------------	---

Beratende Mitglieder

Ignatzek, Anne	Vertreterin des Kreissportbundes
----------------	----------------------------------

Schoone, Detlev	Vertreter des Kreissportbundes
-----------------	--------------------------------

Gäste

Bahlmann, Christoph	Leiter des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums Inklusive Schule Aurich
---------------------	---

Verwaltung

Eiben, Talea	Amtsleitung
--------------	-------------

Herrmann, Darinka	Gleichstellungsbeauftragte
-------------------	----------------------------

Hoofdmann, Sandra	
-------------------	--

Kleen, Jens	
-------------	--

Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
--------------------	-----------------

Nicht anwesend:

Mitglieder

Albrecht, Hinrich	SPD
-------------------	-----

Feldmann, Julia	SPD
-----------------	-----

Looden, Holger	AfD
----------------	-----

Terfehr, Hans	SPD
---------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Graf, Kurt	
------------	--

Kiene, Hans-Jürgen	
--------------------	--

Langenberg, Mara	Schülervertreterin der allgemeinbildenden Schulen
------------------	---

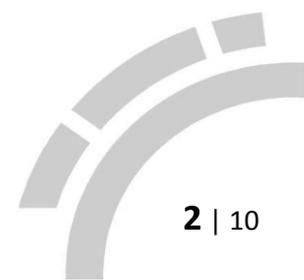
Speckmann, Heinz	Vertreter der Organisation der Arbeitgeberverbände
------------------	--

Sukatsch, Leo Leif	Schülervertreter der berufsbildenden Schulen
--------------------	--

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2018 |



- | | |
|-----|--|
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Vorstellung der Berufsbildenden Schulen Aurich mit dem sanierten C-Trakt und den modernisierten Elektrowerkstätten |
| 7. | Vorstellung des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Aurich (RZI) durch Herrn Bahlmann |
| 8. | Sachstand zum Gebäude der ehemaligen Förderschule in Großheide |
| 9. | Sachstand zum Neubau der IGS Aurich |
| 10. | Ergebnis des Nachwuchskunstpreiswettbewerbs |
| 11. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 12. | Einwohnerfragestunde |
| 13. | Schließung der Sitzung |
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

Im Anschluss daran führte er die Pflichtenbelehrung von Frau Bettina Greiner gem. § 43 NkomVG durch.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorlagen, stellte der **Vorsitzende** die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2018

Das Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur wurde bei 4 Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

⇒ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Vorstellung der Berufsbildenden Schulen Aurich mit dem sanierten C-Trakt und den modernisierten Elektrowerkstätten**

Frau Poppen, stellvertretende Schulleiterin der BBS 2 in Aurich, begrüßte ebenfalls alle Anwesenden und stellte anschließend die unterschiedlichen Berufsfelder der BBS 1 und der BBS 2 vor. Die BBS 1 ist beispielsweise für die Pflege, Wirtschaft und den Agrarbereich zuständig. Aber auch die Berufsfelder der Friseur- und Altenpflege sind hier verortet. Die BBS 2 ist für den gewerblich / technischen Bereich wie beispielsweise die Metalltechnik, die Fahrzeugtechnik, die Industrie- und Anlagenmechanik, die Farbtechnik und die Elektrotechnik zuständig. Auch die Berufszweige für den Gartenbau, der Hauswirtschaft und die PTA sind hier angesiedelt. Beide Schulen sind in Bezug auf die Schülerzahlen in etwa gleich groß. Aktuell befindet sich die Schule weiterhin in der Bauphase, welche Ende des Jahres abgeschlossen sein soll. Frau Poppen betonte die Zufriedenheit der Schule mit dem bereits fertiggestellten C-Gebäude und den Elektrowerkstätten.

Abg. Harms äußerte, dass es in der Aufgabe des Ausschusses liegt, über derartige Projekte zu entscheiden. Insoweit ist der Ausschuss zufrieden, wenn die Schule es auch ist.

Mit einem Rundgang wurden die beiden fertiggestellten Maßnahmen von 15.10 Uhr bis 15.50 Uhr besichtigt.

TOP 7 **Vorstellung des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Aurich (RZI) durch Herrn Bahlmann**

Herr Bahlmann, Leiter des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums der Inklusiven Schule (RZI) Aurich, begrüßte alle Anwesenden und möchte die Arbeit des RZI in diesem Rahmen vorstellen. Das RZI hat seine Arbeit zum 01.08.2018 aufgenommen und er selbst nimmt als erfahrener Sonderpädagoge die Aufgabe der Leitung wahr. Durch die Vorgabe des niedersächsischen Schulgesetzes ist geregelt, dass jede Schule eine inklusive Schule ist. In Verbindung mit der Wahlmöglichkeit haben Eltern von beeinträchtigten Kindern die Möglichkeit, ihre Kinder an einer Regelschule beschulen zu lassen oder klassischerweise die Förderschule auszuwählen. Die Regelschulen stehen allen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf offen. Hierdurch sind bereits die Zahlen der Schüler/innen mit dem Status „Lernen“ an Förderschulen stark gesunken. Die Konsequenz hieraus war, dass aktuell zwei Förderschulen in Großefehn und Moordorf auslaufen. Dieses Vorgehen hinterlässt Lücken für Lehrer und Eltern, welche durch das RZI entsprechend des Rahmenkonzepts Inklusive Schule des MK gefüllt werden sollen.



Die Aufgaben des RZI lassen sich im Wesentlichen wie folgt beschreiben:

- Ein großer Anteil entfällt auf die Beratungsaufgabe für Lehrer/innen, Eltern, Schüler/Innen. Hier entsteht ein großer Bedarf. Eltern erkundigen sich nach den verschiedenen Möglichkeiten und die Schulen haben Fragen wie beispielsweise die Zeugnisse der Kinder mit Status ausgestellt werden müssen und fordern insgesamt Unterstützung an. Hierfür wird ein Beratungsangebot auch direkt in den Schulen angeboten.
- Die Vorbereitung der Personaleinsatzplanung der Lehrer/innen der ehemaligen Förderschulen, aber auch generell die Vorbereitung der Einsatzplanung der Sonderpädagogen zählt ebenso zu den Aufgaben. Hier wird geplant, an welcher Regelschule die Sonderpädagogen eingesetzt werden. Ziel soll sein, im Landkreis eine möglichst gleichmäßige Personalversorgung zu gewährleisten.
- Die Durchführung von Arbeitskreisen und Dienstbesprechungen mit sonderpädagogischem Personal zu fachlichen Fragestellungen mit dem Ziel der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung.
- Perspektivisch die Organisation der „Mobilen Dienste“ (Sonderpädagogen, die in Regelschulen gehen, um Regelschullehrer zu beraten und so Kinder in Problemlagen präventiv zu unterstützen).
- Ein weiteres Angebot könnte sein, dass das RZI bzw. die NLSchB die Erstellung eines Inklusionskonzeptes für den Landkreis Aurich übernimmt. Das RZI, als Teil der Landesschulbehörde, würde dies in Verbindung mit dem Landkreis Aurich (z.B. in Fragen der Schülerbeförderung) entwickeln. Die Ausarbeitung könnte in einer Steuerungsgruppe erfolgen. Die sich hieraus ergebenden Meilensteine würden dann mit dem Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur besprochen und abgestimmt werden.

Kreisverwaltungsoberrätin Eiben erläuterte, dass für die Arbeitsaufnahme des Inklusionskonzeptes ein Votum aus dem Ausschuss eingeholt werden soll. Dies ist ein erster Schritt, um die nötigen Absprachen mit der Landesschulbehörde treffen zu können. Für alles Weitere wird der Ausschuss selbstverständlich durch entsprechende Beschlüsse beteiligt. Das Inklusionskonzept wird ein langfristiges Projekt, welches sich vermutlich mindestens auf zwei Jahre erstrecken wird. Es ist jedoch wichtig, dass bereits jetzt die Landesschulbehörde in die Planungen mit einbezogen wird.

Abg. Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, wie die Sonderpädagogen in die Kollegien der Regelschulen inkludiert sind. Zudem weist sie auf ihren Antrag zur Bereitstellung von Mitteln für das Thema Inklusion hin. Sie vermutet, dass es an den Regelschulen Schüler/innen mit Auffälligkeiten und Unterstützungsbedarf gibt, die keinen anerkannten Förderbedarf haben. Daher wird von ihr der Antrag im Finanzausschuss gestellt, dass für alle Schüler/innen in Ergänzung zu dem normalen Unterricht eine Option zur Entlastung geschaffen wird. Ebenfalls wird erfragt, ob die Regelschulen in die Planungen für das Inklusionskonzept mit einbezogen werden.

Herr Bahlmann antwortete, dass selbstverständlich die Regelschulen und deren Lehrkräfte beteiligt werden. Die Sonderpädagogen sind bereits seit mehreren Jahren in den Regelschulen tätig und insoweit gut in das Kollegium integriert.

Erster Kreisrat Dr. Puchert äußerte, dass bei größeren Schulen die Integration in das bestehende Kollegium sicherlich einfacher ist als in den kleinen Schulen. Je kleinteiliger das Schulsystem, gerade im Primarbereich, desto schwieriger wird es die Integration der Sonderpädagogen zu gewährleisten, da hier der Stundenanteil an der einzelnen Schule sehr gering ist.

Abg. Odens berichtete aus eigener Erfahrung, dass beispielsweise die Grundschullehrer sich sehr über die Unterstützung der Sonderpädagogen freuen und diese somit auch sehr willkommen heißen. Er gibt zu bedenken, dass das Ergebnis des Konzeptes sein könnte, dass es zu wenig Unterstützung durch Sonderpädagogen gibt.

Herr Bahlmann stimmte zu, dass aus den Schulen der Wunsch geäußert wird, dass mehr Sonderpädagogen an den Schulen verortet werden. Das ist im Übrigen auch der Wunsch der Landesschulbehörde. Es fehlt derzeit schlichtweg das Personal dafür. Es gibt jedoch derzeit deutliche Indizien, dass in den Universitäten mehr Sonderpädagogen anzutreffen sind. Dass diese perspektivisch auch hier an den Schulen im Landkreis Aurich eingesetzt werden, wird sich hieraus erhofft.

Abg. Odens erkundigte sich, ob es derzeit Überlegungen gibt, dem speziellen Bedarf der Schüler/Innen an den Regelschulen in extra Unterrichtseinheiten nachzukommen.

Herr Bahlmann antwortete, dass ihm keine Bestrebungen in diese Richtungen bekannt sind.

Abg. Schoone fragte nach, mit welchen Fragestellungen die Eltern auf das RZI zukommen.

Herr Bahlmann führte aus, dass die letzte aktuell gestellte Frage die ist, an welcher Regelschule ein Kind mit dem Status Geistige Entwicklung beschult werden kann und was dies für das Kind bedeutet.

Abg. Harms möchte wissen, wie viel Erfahrung Herr Bahlmann bereits in der Beratungstätigkeit hat. Darüber hinaus interessierte er sich dafür, wie die Zusammenarbeit mit der Landesschulbehörde und den Schulen vor Ort aussieht. Ebenso ist fraglich, wie der Inklusionsfortschritt an den Gymnasien aussieht.

Herr Bahlmann erklärte, dass das NLQ ein Programm zur Einführung der Inklusiven Schule ins Leben gerufen hat. Hierfür wurden Multiplikatoren eingesetzt. Herr Bahlmann war als Multiplikator tätig und konnte hierdurch viele Erfahrungen sammeln. Zur Frage der Gymnasien kann gesagt werden, dass hier die Zahlen der inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler momentan geringer sind als an anderen Schulen.

Abg. Harms machte deutlich, dass die SPD Fraktion ein positives Votum zum geplanten Inklusionskonzept abgibt.

Frau Heidrich erkundigte sich, ob das RZI eine rein beratende Funktion inne hat oder auch als Teil der Landesschulbehörde für die Personalplanung zuständig ist. Ebenso stellte sie die Frage, was mit den Förderschullehrern passiert ist.

Herr Bahlmann stellte dar, dass die Lehrer/innen der aufgelösten Förderschulen an der Schule am Moortief in Norden verortet sind und weiterhin in den Regelschulen eingesetzt sind. Für die Lehrkräfte hat sich insoweit in der praktischen Arbeit nicht viel verändern.



Abg. Looden fasste zusammen, dass das Konzept mehrere Jahre dauern soll und erkundigte sich nach den hierfür entstehenden Kosten. Ebenso möchte er wissen, was mit den besonders begabten Kindern passiert und ob diese auch Teil des Konzeptes sind.

Herr Bahlmann machte deutlich, dass ein solches Konzept stetig weiterentwickelt werden muss. Die Erstellung durch das RZI ist kostenlos und wird mit dem normalen personellen Aufwand gewährleistet. Alle Schüler/innen haben ein Recht auf individuelle Förderung, somit auch die hochbegabten Kinder.

Abg. Seelgen erkundigte sich, ob sich aus den Beratungsanfragen der Eltern auch schon die Situation ergeben hat, ein Kind mit dem Status Lernen an ein Gymnasium zu vermitteln.

Herr Bahlmann antwortete, dass diese Fragestellung noch nicht vorkam. Grundsätzlich wird den Eltern diese Möglichkeit ebenfalls aufgezeigt.

Abg. Seelgen möchte wissen, warum die Förderschullehrer aus den aufgelösten Förderschulen an der Förderschule für geistige Entwicklung verortet sind.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass die Sonderpädagogen aus den aufgelösten Förderschulen an der Schule am Moortief, als Stammschule, verortet sind, jedoch nach wie vor an den Regelschulen unterrichten.

Abg. Jeromin-Oldewurtel betonte, dass es wichtig ist den Schülern mit Auffälligkeiten ein Zusammenkommen auch außerhalb der klassischen Unterrichtssituation zu ermöglichen.

Herr Bahlmann antwortete, dass dies eine Frage der Unterrichtsgestaltung ist.

Abg. Behrens erklärte, dass für die Beauftragung eines Inklusionskonzeptes ein einstimmiger Beschluss ausgestellt werden kann. Er betonte, dass es ihm wichtig ist, dass in der Steuerungsgruppe auch die Politik beteiligt wird. Eine Idee wäre, hierfür die Arbeitsgruppe zur Schulentwicklungsplanung mit einzubeziehen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert stimmte dem Vorschlag zu. Die Arbeitsgruppe hat bisher sehr effizient gearbeitet und es herrschte eine gute Gesprächsatmosphäre. Das Zusammenkommen in diesem Rahmen hat sich bisher bewährt.

Herr Kampers fasste zusammen, dass das niedersächsische Schulgesetz vorsieht, dass jede Schule eine inklusive Schule ist. Dieser Prozess sei natürlich nicht sofort realisierbar. Dennoch ist es eine Verpflichtung sich auf den Weg zu machen dieses Ziel zu erreichen. Es stellt insgesamt eine große Aufgabe dar, die Zeit und viele Akteure benötigt. Es ist positiv zu bewerten, dass eine Stelle geschaffen wird, durch die alle Beteiligten zusammengeholt werden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass es auch die Möglichkeit gibt, politische Vertreter direkt als Mitglieder der Steuerungsgruppe zu berücksichtigen.

Kreisverwaltungsberrätin Eiben wies daraufhin, dass man berücksichtigen sollte, die Steuerungsgruppe eher klein zu halten. Die dazugehörige Arbeitsgruppe kann jedoch

größer angelegt sein und beispielsweise auch aus wechselnden Mitgliedern bestehen, je nach Thema.

Frau Ockenga bat darum, dass die Arbeitsgruppe zur Schulentwicklungsplanung zukünftig auch die Schulvertreter einlädt, da dies bisher nicht geschehen sei.

Kreisverwaltungsoberrätin Eiben erklärte, dass in der Vergangenheit immer anlassbezogen entsprechende Schulvertreter eingeladen wurden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte, dass themenorientiert die Schulleiter in den Sitzungen dabei waren.

Der Vorsitzende lässt über das Votum abstimmen. Bei einer Enthaltung stimmten die übrigen Mitglieder für die Arbeitsaufnahme des Inklusionskonzeptes. Die ersten notwendigen Schritte sollen durch die Verwaltung mit der Landesschulbehörde veranlasst werden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert wies abschließend daraufhin, dass es bei dieser Abfrage letztlich nur um ein Votum handelt, um die Landesschulbehörde über das Vorhaben zum Inklusionskonzept zu informieren.

TOP 8 Sachstand zum Gebäude der ehemaligen Förderschule in Großheide

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtete, dass im Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur bereits behandelt wurde, dass für das Gebäude der ehemaligen Förderschule in Großheide eine Kooperation mit der Gemeinde Großheide angestrebt wurde. Da die Gemeinde bereits viele Ideen für die Nachnutzung hatte, bot sich nach erneuter Prüfung jedoch ein Eigentümerwechsel eher an. Somit wurde das vertragliche Werk entsprechend verändert. Das Gebäude der ehemaligen Förderschule wurde der Gemeinde Großheide übertragen und im Gegenzug erhielt der Landkreis Aurich die Anteile der Gemeinde an einer Gesellschaft des Landkreises Aurich zurück. Dieses Verfahren wurde durch den Kreistag auch so beschlossen. Die Gemeinde Großheide setzt nun die eigenen Planungen in dem Gebäude um. Hier ist bereits eine Schule in freier Trägerschaft ansässig und der Jugendhilfeträger wird ebenfalls Räumlichkeiten beziehen. In der ursprünglichen Planung der Kooperation rechnete der Landkreis Aurich mit jährlichen Einnahmen in Höhe von 40.000 €. Diese Mittel sollten zweckgebunden wieder für die Schulen, insbesondere im Bereich Inklusion, eingesetzt werden. Da nun jedoch das Tauschgeschäft zustande kam und die Pachteinnahmen damit entfallen, wird der Vorschlag unterbreitet, Mittel in Höhe von 40.000 € im Ergebnishaushalt für Inklusionsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Vorausgesetzt der Haushaltsentwurf wird beschlossen.

Abg. Wirsik erkundigte sich, ob sich der Vorschlag nur auf 2019 bezieht oder bis zum Ende der Wahlperiode.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass diese Mittel regelmäßig zur Verfügung gestellt werden sollen. Somit in jedem Falle bis zum Ende der Wahlperiode.

Abg. Jeromin-Oldewurtel entgegnete, dass 40.000 € zu wenig für diese große Aufgabe seien.



Erster Kreisrat Dr. Puchert stimmte zu, dass es sich hierbei nur um einen Anfang handeln kann und für das Thema Inklusion an Regelschulen insgesamt nicht ausreichen wird. Es geht nun zunächst um die Zweckbindung und darum einen ersten Ansatz zu schaffen.

Abg. Wirsik betonte, dass es jedoch einen Unterschied zum ursprünglichen Modell gibt. Bei der Pacht-Option wurde der Betrag auf 10 Jahre festgeschrieben und nicht nur bis zum Ende der Wahlperiode.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass dies eine politische Absichtserklärung darstellt und die Mittel regelmäßig eingesetzt werden können. Der Kreistag kann sich für dieses Vorhaben langfristig binden aber es auch wieder aufheben.

Abg. Seelgen bedankte sich für diesen Vorschlag bei der Verwaltung und äußerte, dass die Verabschiedung des Haushaltes nun nicht an den 40.000 scheitern wird.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte, dass jede Fraktion ihren Teil dazu beitragen kann.

Abg. K. Behrends berichtete, dass die Abwicklung für die Gemeinde Großheide und für den Landkreis Aurich eine Win-win Situation dargestellt hat. Die Freie Schule beschult derzeit 18 Schüler/innen in dem Gebäude und will sich perspektivisch auf 70-80 Schüler/innen vergrößern. Ebenfalls hilft das Gebäude auch der HRS um sich dort auszuweiten. Es wurden bereits Förderanträge von der Gemeinde Großheide für weitere Vorhaben gestellt. Eine Arztpraxis wird in das Gebäude einziehen und der Jugendhilfeträger hat ebenfalls Interesse bekundet. Der erste Einzug könnte bereits nach den Sommerferien stattfinden. Es wird angeboten, sobald die Arbeiten vor Ort abgeschlossen sind, einen Ausschuss in dem Gebäude tagen zu lassen.

TOP 9 Sachstand zum Neubau der IGS Aurich

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass über den Neubau der IGS Aurich bereits umfangreich berichtet wurde. Die Planung für den Neubau umfasst ca. 7.000 m². Dank der effizienten Arbeit des Technischen Gebäudemanagements des Landkreises Aurich, konnte der Kostenrahmen für den Neubau eingehalten werden. Für die Vergabe wurde ein neues Modell gewählt. Der Auftrag wurde an einen Generalübernehmer erteilt. Auch der vorgesehene Zeitplan wird derzeit eingehalten. Die Vorarbeiten laufen bereits zum jetzigen Zeitpunkt, sodass in den Sommerferien mit dem Neubau begonnen werden kann. Die Fertigstellung zum 30.06.2020 wurde vertraglich festgelegt. Parallel läuft derzeit die Ausschreibung für die 3.000 m² große Sanierungsmaßnahme. Die Ausschreibung bleibt abzuwarten, um Aussagen darüber treffen zu können, ob der Kostenrahmen auch hier eingehalten werden kann. Da beide Baumaßnahmen parallel durchgeführt werden, stellt dies die Schule vor großen Herausforderungen in Bezug auf die Nutzbarkeit der Räumlichkeiten. Solche Situationen wurden jedoch bisher immer kollegial unter den Schulen geregelt. Abgeschlossen wird das Gesamtvorhaben mit dem Abriss des H-Gebäudes.

TOP 10 **Ergebnis des Nachwuchskunstpreiswettbewerbs**

Kreisverwaltungsoberrätin Eiben informierte über den Ablauf des Kunstpreiswettbewerbes. Der Landkreis wurde durch zwei Kunstpädagogen bei der Themenfindung unterstützt. In einer etwas größeren Runde wurden dann die Rahmenbedingungen festgelegt. Hierzu gehörte, dass Teilnehmer/innen aus dem Landkreis Aurich im Alter von 16-25 Jahren am Wettbewerb teilnehmen konnten. Zudem musste eine Erläuterung abgegeben werden, wodurch der Ideenfindungsprozess beschrieben werden sollte. Die 27 eingereichten Werke wurden dann von einer Jury, bestehend aus fünf Kunstpädagogen aus dem gesamten Landkreis Aurich, anonym bewertet und so die Sieger ermittelt. Die Ausstellungseröffnung sowie die Preisverleihung finden am 25.02.2019 um 18.00 Uhr in der Kreisvolkshochschule Aurich statt.

TOP 11 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abg. Jeromin-Oldewurtel verwies noch einmal auf den bereits erwähnten Antrag zum Thema Inklusion. Dieser wird im Finanzausschuss gestellt und sie bittet die Fraktionen diesen zur Kenntnis zu nehmen und auch zu unterstützen.

Der Vorsitzende verabschiedete sodann die Amtsleiterin des Amtes für Schulen und IT, Frau Talea Eiben, in den Ruhestand.

Kreisverwaltungsoberrätin Eiben bedankte sich für die jahrelange und gute Zusammenarbeit.

TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 13 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt um 17.05 Uhr die Sitzung.

gez. Strömer
Vorsitzender

gez. Hoofdmann
Protokollführerin